

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Finanzielle Sorgen der USA

Alle NATO-Partner, in erster Linie die Bundesrepublik, werden sich in nächster Zeit erhöhten Anforderungen der USA für Aufwendungen für militärische Verteidigung und Teilnahme an der Hilfe für unterentwickelte Länder gegenübergestellt sehen. Dazu zwingen die USA die Entwicklung der Zahlungsbilanz, das Sinken des Goldbestands und die Höhe der steuerlichen Belastung. Die Zeit, in der die USA den Löwenanteil der Hilfe für militärische und wirtschaftliche Aufwendungen getragen haben, nähert sich ihrem Ende.

Seit Ende des zweiten Weltkriegs haben die USA 85 Md. Dollar¹⁾ an auswärtiger Hilfe gegeben: 28,5 Md. für militärische, 56,5 Md. für wirtschaftliche Zwecke. Die westeuropäischen Länder mit insgesamt 40 Md. stehen voran (Frankreich 9,7, England 7,7, Italien 5, Westdeutschland 4,6 Md.). Es folgen der Nahe

Osten und Südasien mit 12,8 Md. (Türkei 3, Griechenland 2,9, Indien 2,1, Pakistan 1,1, Iran 1 Md.), der Ferne Osten mit 20,3 Md. (Formosa 4,9, Korea 4,5, Japan 4, Vietnam 1,8 Md.), schließlich die südamerikanischen Staaten mit 3,4 Md. Osteuropa war in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg noch an nichtmilitärischer Hilfe beteiligt (insgesamt 1,5, davon Polen 0,8 Md.).

Vor allem bemängeln die USA den geringen Hundertsatz, den die Militärausgaben in den von Sowjetrußland in erster Linie bedrohten westeuropäischen Ländern in der gesamten Nationalproduktion einnehmen. Dieser Anteil beträgt in den USA mit 46,6 Md. mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts und 9,3 vH der gesamten Nationalproduktion.

Die 12 der NATO angehörenden, europäischen Länder mit 274 Millionen Einwohnern

1) Das statistische Material ist Aufstellungen des Treasury Department (Finanzministerium) und des Department of Commerce (Wirtschaftsministerium) in Washington entnommen, der Anteil der Verteidigungsausgaben am Nationaleinkommen einer Übersicht der International Cooperation Administration, die steuerliche Belastung einer Untersuchung der Tax Foundation Inc.; das Zahlenmaterial ist in der Wochenzeitschrift US News and World Report vom 16. 10. 1961 S. 54 ff. und S. 120 veröffentlicht.

geben etwa 14,5 Md. für Veteidigung aus, die USA mit 180 Millionen Einwohnern also dreimal soviet.

Entsprechend hoch ist die steuerliche Belastung. Von je 100 Dollar der gesamten Nationalproduktion nahmen Bund, Gliedstaaten, Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften an direkten und indirekten Steuern sowie an Beiträgen zur Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung, die in den USA als Steuern behandelt werden, ein:

Jahr	Betrag in Dollar
1929 (Beginn der großen Wirtschaftskatastrophe)	10,7
1940 (vor Eintritt in den Weltkrieg)	18,3
1943 (Höchstbelastung während des Weltkriegs)	26,5
1949 (niedrigste Belastung der Nachkriegszeit)	22,6
1952 (Höhepunkt des Koreakriegs)	27,3
1954 (niedrigste Belastung nach dem Koreakrieg)	26,0
1960	28,6

Die Zahlungsbilanz für das Kalenderjahr 1960 hatte ein Defizit von 3,8 Md. Zwar war die Handelsbilanz günstig; Ausfuhr und auswärtige Dienste ergaben einen Überschuß von 5,8 Md. (26,9 Md. Ausfuhr gegen 21,1 Md. Einfuhr), mit einigen anderen Posten sogar von 6,4 Md. Aber die auswärtigen Zahlungen (Investierungen mit 3,9, militärische Ausgaben mit 3, nichtmilitärische in Form von Darlehen und verlorenen Zuschüssen mit 2,7, Ausgaben anderer Art mit 0,6 Md.) ergaben 10,2 Md. Ausgaben.

Von dem Defizit von 3,8 wurden 1,7 Md. in Gold gezahlt. Die übrigbleibenden 2,1 Md. erhöhten die auswärtigen Forderungen an die USA, die sich damit der 20-Md.-Grenze nähern. Würden alle auswärtigen Gläubiger der USA ihre Ansprüche zu gleicher Zeit geltend machen und Zahlung in Gold verlangen — eine allerdings nur theoretische Gefahr —, so würde der Goldvorrat dazu nicht ausreichen; ein Betrag von 2,1 Md. könnte nicht befriedigt werden. Der Goldvorrat ist im Laufe der letzten vier Jahre um 5,4 Md. auf einen Betrag gesunken, der zwischen 17 und 18 Md. liegt. Wenn man weiter in Betracht zieht, daß gesetzlich eine Golddeckung von 11,4 Md. vorgeschrieben ist, so ergibt sich rein rechnerisch ein Golddefizit von 13,5 Md.

Für die Innenpolitik ergibt sich aus dieser Situation die Folge, daß Präsident *Kennedy* bei einer Reihe seiner wirtschaftlichen und sozialpolitischen Pläne, die er bei Beginn seiner Regierung angekündigt hat, auf Wider-

stand des Kongresses stoßen wird, sofern er sie nicht zurückziehen oder wesentlich abändern sollte. Beispiele sind das großzügige Schulprogramm, das eine Bundesausgabe von 5,5 Md. für Lehrergehälter und Schulgebäude vorgesehen hatte, die Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung, die Einführung der Krankenversicherung für Personen über 65 Jahren, Ausgaben für beschleunigten Ausbau des Autobahnnetzes, Hilfe für unterentwickelte Gebiete innerhalb der USA. Dem an sich naheliegenden Gedanken, an der auswärtigen Hilfe zu sparen, steht man überwiegend ablehnend gegenüber, da man es sich bei der gegenwärtigen gespannten Weltlage nicht leisten kann, die Neutralen und die sich entwickelnden Länder Asiens und Afrikas ins kommunistische Lager zu treiben. Obwohl die USA den Beitritt Englands zur EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) begrüßen, können hieraus Schwierigkeiten für die amerikanische Ausfuhr entstehen, da möglicherweise, insbesondere zum Schutz der Landwirte, Schutzzölle gegen die Einfuhr amerikanischer Agrarprodukte zu erwarten sind.

Im laufenden Haushaltsjahr 1962 (1. 7. 1961 bis 30. 6. 1962) ist im Bundeshaushalt mit einem Defizit von 6 bis 7 Md. zu rechnen. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, um im Haushaltsjahr 1963 (1. 7. 1962 bis 30. 6. 1963) den Haushalt auszugleichen und zu verhindern, daß die Bundesschuld, die schon heute die gigantische Höhe von nicht ganz 290 Md. erreicht — mehr als das Dreifache eines Jahresbudgets —, die 300-Md.-Grenze nicht überschreitet.

Diese keineswegs rosigen Aussichten werden allerdings erhellt, wenn man einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung wirft. Die kleine Rezession (vorübergehender wirtschaftlicher Rückgang), die im Herbst 1960 eingesetzt hatte und die leichteste seit Ende des zweiten Weltkriegs war, ist schon im Laufe des Frühjahrs 1961 überwunden worden. Trotz dieser Rezession hat das Kalenderjahr 1960 mit einer gesamten Nationalproduktion von 503,5 Md. zum erstenmal die Grenze der halben Billion überschritten. 1961 ist eine weitere bedeutsame Steigerung eingetreten, so daß man mit 515 bis 520 Md. wird rechnen können. Auch die Ausfuhr des Kalenderjahres 1961 wird die des Jahres 1960 übersteigen, so daß man nach dem Stand vom Oktober die negative Zahlungsbilanz auf 1,8 Md. (gegenüber den 3,8 Md. von 1960) schätzt.

Die wirtschaftlichen Reserven der USA sind gewiß riesig; aber auch die Sorgen sind eminent gewachsen: Wie kann man einen weiteren Goldabfluß verhüten, wie kann die Zahlungsbilanz ungeachtet der Hilfe nach auswärts aktiv gestaltet werden, wie können ohne Kürzung der Ausgaben für Landesverteidigung und ohne allzu starke Beschnei-

derung sozialpolitischer Pläne der Bundeshaushalt ausgeglichen und die Staatsschuld allmählich vermindert werden? Festhaltung der Preise und Löhne ist dabei ein wichtiges Erfordernis.

Dr. Robert Adam

Afrikanischer Gewerkschaftsbund gegründet

Vertreter von 41 afrikanischen Gewerkschaftsorganisationen aus 30 von insgesamt 46 afrikanischen Staaten bildeten auf der Gewerkschaftskonferenz von Dakar, die nach fünftägiger Dauer am 14. Januar 1962 endete, den Afrikanischen Gewerkschaftsbund. *Ahmed Tlili*, der Generalsekretär des Tunesischen Gewerkschaftsbundes UGTT, wurde zum Vorsitzenden und *David Soumah*, der Vorsitzende der afrikanischen christlichen Gewerkschaften, zum Verwaltungssekretär gewählt. Dem neuen Gewerkschaftsbund gehören rund zwei Millionen Arbeitnehmer aus 21 Gewerkschaften, die dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossen sind, aus zwölf Organisationen, die dem Internationalen Bund der Christlichen Gewerkschaften angehören, sowie acht international nicht gebundene Gewerkschaften an. Sitz des neuen Bundes wird Dakar sein.

Hauptthema der Konferenz bildete die *Gewerkschaftseinheit in Afrika*. Ahmed Tlili sprach die Hoffnung aus, daß die Gewerkschaften aus der Casablanca-Gruppe im Laufe der Zeit ebenfalls dem neuen Bund beitreten würden; er richtete diese Worte vor allem an Ghana, Guinea, Mali und Marokko. Die Satzung sieht den Beitritt nur einer Gewerkschaftszentrale je Staat vor; solange jedoch auf Landesebene keine Gewerkschaftseinheit besteht, können auch mehrere Landesverbände beitreten. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen haben die volle Autonomie, ihre bis-

herigen internationalen Bindungen beizubehalten. Zu den Zielen des neuen Bundes gehören der Kampf um die volle Befreiung des afrikanischen Kontinents, die Festigung der Unabhängigkeit, völlige Entkolonisierung, der Kampf um die Einheit Afrikas und die Verteidigung des Friedens, die Schaffung einer eigenständigen afrikanischen sozialistischen Gesellschaft, wirtschaftliche Entwicklung und Aufbau eines gemeinsamen afrikanischen Marktes, Sozialversicherung für die Arbeitnehmer sowie schließlich die Bildung demokratischer Regime.

Der Afrikanische Gewerkschaftsbund lehnt jede Form der Diktatur ab. Der Bund steht ohne Unterschied allen gewerkschaftlichen Landeszentralen offen, die den Lebensstandard der Werktätigen heben und die Verteidigung ihrer Interessen koordinieren wollen. Er will von allen Regierungen, politischen Parteien, Glaubensbekenntnissen oder Finanzgruppen unabhängig bleiben.

In ihren Resolutionen forderte die Konferenz von Dakar eine Politik der Bindungslosigkeit gegenüber den derzeitigen Machtblöcken; die afrikanischen Staaten sollen verhindern, daß der kalte Krieg auch auf den afrikanischen Kontinent übergreift. Sie forderte ferner die Einstellung der Produktion von Kernwaffen.

In Resolutionen über Angola und Südafrika empfahl die Konferenz einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Südafrika, und Portugal sowie die Verhängung eines wirtschaftlichen Boykotts gegen diese beiden Staaten. Die Konferenz sprach sich zugleich für die Politik der Zentralregierung des Kongo in Leopoldville aus. Sie verurteilte ferner die marokkanische Regierung wegen der Hindernisse, die diese der freien Ausübung der Gewerkschaftsrechte in den Weg legt.

DGB-Informationsdienst 6/1962